

Konjunktur: Sparkurs treibt die Schulden hoch	2
Standort: Industrie: Kern der deutschen Wirtschaft	3
Tarifpolitik: Öffentliche Aufträge nur mit Mindestlohn	4
Arbeitsbedingungen: Europas Jobkrise – der Stress steigt auch für die Beschäftigten, die bleiben	5
Atypische Beschäftigung: Niedriglohnfalle Minijobs	6
Prekäre Beschäftigung: Ständiger Kampf gegen den Abstieg	7
TrendTableau	8

AKADEMIKER

Im ersten Job häufig ohne Sicherheit

Jeder dritte Hochschulabsolvent findet als ersten Job nur eine befristete Stelle. Besonders groß ist der Anteil an Hochschulen, in Krankenhäusern und der öffentlichen Verwaltung.

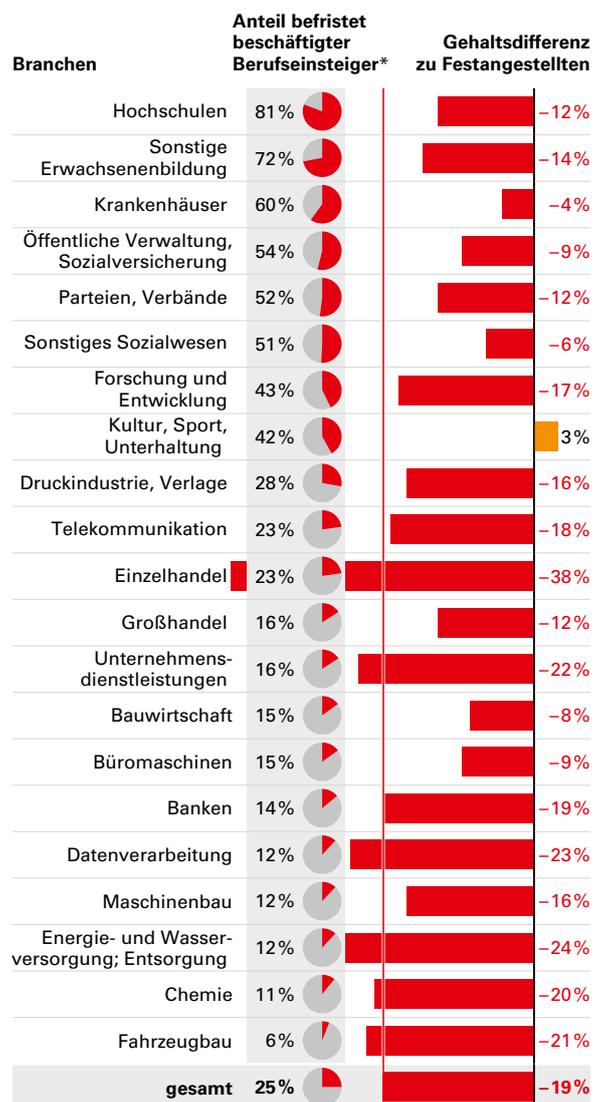
Studieren lohnt sich: Akademiker sind seltener arbeitslos als der Durchschnitt der Bevölkerung. Doch beim Berufseinstieg bekommen auch viele Hochschulabsolventen erst einmal nur eine befristete Beschäftigung: Unter jungen Akademikern mit bis zu einem Jahr Berufserfahrung sind es rund 34 Prozent. In der größeren Gruppe mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung ist jeder Vierte befristet beschäftigt. Das ergab eine Umfrage des Internetportals Absolventen-Lohnspiegel, das vom WSI-Tarifarchiv wissenschaftlich betreut wird.*

Die Forscher werteten Daten von rund 4.300 Befragten aus. Die Stichprobe ist nicht repräsentativ, durch die hohe Fallzahl liefert die Untersuchung aber verlässliche Orientierungsgrößen. Sie macht auch deutlich, dass es bei den Befristungen große Unterschiede je nach Branche gibt. Hochschulen und andere Wissenschaftseinrichtungen haben die höchste Quote: Hier sind 81 Prozent der akademisch ausgebildeten Berufsanfänger mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung befristet beschäftigt. Ebenfalls sehr hoch ist der Anteil in der Erwachsenenbildung, in Krankenhäusern und in der öffentlichen Verwaltung und den Sozialversicherungen. Seltener sind Befristungen beispielsweise bei unternehmensbezogenen Dienstleistungen oder im Einzelhandel. Die niedrigsten Quoten weisen die Energieversorgung, die chemische Industrie und der Fahrzeugbau auf. Hier haben lediglich 6 Prozent der Jung-Akademiker einen befristeten Vertrag.

„Wenn sich jeder dritte studierte Berufseinsteiger ersten Jahr mit einer befristeten Tätigkeit zufrieden geben muss, zeigt das einen dringenden Regulierungsbedarf“, sagt WSI-Tarifexperte Reinhard Bispinck. Zumal die befristet Beschäftigten nicht nur bei der Arbeitsplatzsicherheit, sondern auch beim Einkommen im Nachteil seien. Nach den Lohnspiegel-Daten kommen sie auf ein monatliches Durchschnittseinkommen von rund 2.940 Euro. Das sind gut 19 Prozent weniger als die 3.640 Euro, die akademische Berufseinsteiger mit unbefristeter Stelle im Mittel verdienen. Auch hier zeigen sich erhebliche Unterschiede nach Branchen. ◀

Lohnabschlag bei Hochqualifizierten

Befristet beschäftigte Hochschulabsolventen müssen beim Berufseinstieg* Lohnabschläge akzeptieren in den ...



* Akademiker mit bis zu drei Jahren Berufserfahrung; Online-Befragung von 4.300 Personen
Quelle: WSI-Lohnspiegel-Datenbank 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

* Quelle: Internetportal absolventen-lohnspiegel.de
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Sparkurs treibt die Schulden hoch

Der Sparkurs hält viele Länder des Euroraums in der Rezession, warnt das IMK. Neue Studien unterstreichen das: Austerität in der Krise schädigt die Wirtschaft stärker als bislang angenommen.

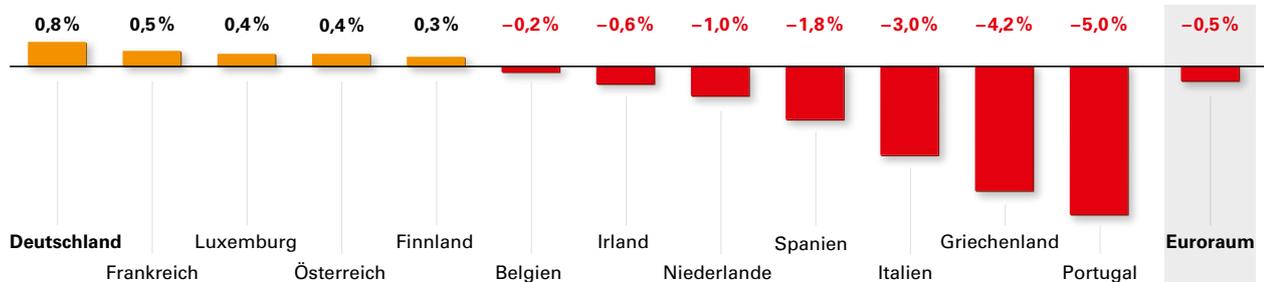
0,8 Prozent Wirtschaftswachstum im Jahr 2013 prognostiziert das IMK für Deutschland.* Das ist nach Berechnung der Forscher zu wenig, um zu verhindern, dass die Arbeitslosigkeit wieder leicht steigt, doch weitaus mehr, als viele Nachbarn im Euroraum erwarten können: In sieben Ländern dürfte das Bruttoinlandsprodukt (BIP) in diesem Jahr schrumpfen, im Durchschnitt des Euroraums geht es um 0,5 Prozent zurück.

ro. Die schlechtere Wirtschaftsentwicklung kostet wiederum öffentliches Geld: Steuereinnahmen gehen zurück, die Ausgaben für Arbeitslosenunterstützung und Fürsorge wachsen.

„Dass die harten Einschnitte in den Krisenländern nicht von Erfolg gekrönt sind, liegt nicht etwa an einer laschen Umsetzung, sondern ist die makroökonomisch zwingende Folge eines sich selbst konterkarierenden Austeritätskurses“, schreiben die Konjunktexperten der Hans-Böckler-Stiftung. Um Wachstum und Beschäftigung in Europa nicht noch weiter zu beeinträchtigen, empfehlen sie, die Sparmaßnahmen in den Krisenländern zeitlich zu strecken. Außerdem solle sich die Konsolidierung dort weniger auf Ausgabenkür-

Die Wirtschaft im Euroraum schrumpft auch 2013

Laut Prognose des IMK verändert sich das reale Bruttoinlandsprodukt 2013 im Vergleich zu 2012 um ...



Quelle: Datenbasis Eurostat, Prognose IMK 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Ein wesentlicher Grund für die hartnäckige Krise ist nach Analyse des IMK der strenge Sparkurs in den meisten EU-Staaten. Auch in diesem Jahr planen „von den elf größten Euroraum-Ländern alle mit Ausnahme Deutschlands weitere – teilweise drastische – Einschnitte in ihren öffentlichen Haushalten“. Daraus ergebe sich ein deutlich negativer fiskalischer Impuls im Euroraum. „Die europäischen Regierungen haben jetzt zwei Jahre lang versucht, sich aus der Krise herauszusparen. Eingetreten ist das Gegenteil: Immer mehr Länder rutschen in eine Rezession, und dabei wachsen ihre Staatsschulden weiter“, sagt Gustav Horn, der Wissenschaftliche Direktor des IMK.

Wie kontraproduktiv ein Kürzungskurs zur falschen Zeit wirken kann, unterstreichen mehrere neue Untersuchungen, die das IMK ausgewertet hat. Die Studien, unter anderem vom Internationalen Währungsfonds (IWF), legen nahe: Striktes Sparen bremst in einem wirtschaftlichen Abschwung die Wirtschaft weitaus stärker, als angenommen und in den Stabilisierungsprogrammen unterstellt wurde.

Bislang gingen viele Wissenschaftler und auch die EU-Kommission davon aus, dass jeder Euro, den der Staat durch Ausgabenkürzungen oder Steuererhöhungen dem Wirtschaftskreislauf entzieht, das BIP um etwa 50 Cent reduziert. Dagegen veranschlagen die neuen Studien diesen so genannten Multiplikator je nach wirtschaftlicher Lage mit eins zu eins oder höher. Bei Ausgabenkürzungen in einer Rezession sind sogar Multiplikatoren über zwei möglich. Das heißt: Jeder Euro, den der Staat einspart, senkt das BIP um zwei Eu-

zungen stützen, sondern stärker auf die Besteuerung hoher Einkommen und Vermögen. Das sei nicht nur sozial gerechter, sondern auch weniger schädlich für die Konjunktur.

Parallel sollte auch Deutschland mehr zur konjunkturellen Entspannung in Europa beitragen als bisher, so die Forscher. Wenn hierzulande die öffentlichen Investitionen stiegen, ließen sich zwei Ziele erreichen: Erstens käme die notwendige Modernisierung von Infrastruktur und Bildungssystem voran. Zweitens würde die höhere deutsche Binnennachfrage den Handelspartnern im Euroraum größere Exportmöglichkeiten eröffnen. Um Vorgaben der Schuldenbremse einzuhalten, könnten zusätzliche Investitionen durch eine Anhebung des Spitzensteuersatzes in der Einkommensteuer sowie höhere Steuern auf große Vermögen und Erbschaften finanziert werden.

Auch eine stärkere Lohnentwicklung als während des vergangenen Jahrzehnts würde nach der IMK-Analyse die Wirtschaft beleben und den Anpassungsprozess im Euroraum unterstützen. Um dafür die Rahmenbedingungen zu verbessern, empfehlen die Forscher Reformen am Arbeitsmarkt, die Fehlentwicklungen durch zu weitgehende Deregulierung korrigieren. Dazu zählt das IMK einen allgemeinen Mindestlohn und einfachere Verfahren zur Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen. ◀

* Quelle: Gustav Horn, Sebastian Gechert u. a.: Inmitten der Krise des Euroraums: Herausforderungen für die Wirtschaftspolitik 2013, IMK Report Nr. 79, Januar 2013
 Link zum IMK Report unter boecklerimpuls.de

Industrie: Kern der deutschen Wirtschaft

Das Verarbeitende Gewerbe spielt in Deutschland eine wichtigere Rolle als in anderen Industrienationen. Der Trend, aus Kostengründen die Produktion ins Ausland zu verlagern, schwächt sich inzwischen ab.

Mit einer Wertschöpfungsquote von etwa 22 Prozent bildet die Industrie weiterhin den eigentlichen Kern der deutschen Wirtschaft. Dabei entwickeln sich Industriebetriebe zunehmend vom reinen Warenhersteller zum kompletten Problemlöser ihrer Kunden, schreibt Steffen Kinkel. Der Professor an der Hochschule Karlsruhe erforscht seit Jahren die Position der deutschen Industrie in der Globalisierung und hat die aktuelle Wirtschaftsstruktur der Bundesrepublik eingehend untersucht.* Die wichtigsten Daten und Trends:

Im internationalen Vergleich hat Deutschlands Verarbeitendes Gewerbe eine starke Position, so Kinkel. Wichtige Wettbewerber wie Frankreich, Großbritannien oder die USA haben mit einem Wertschöpfungsanteil zwischen 10,7 und 13,2 Prozent einen bedeutend kleineren Industriesektor. Im Unterschied zum Bruttoinlandsprodukt misst die Wertschöpfung die in einzelnen Wirtschaftsbereichen erbrachte Leistung nicht zu Marktpreisen, sondern zu den Preisen der Herstellung, da die Marktpreise oft Steuern und Subventionen enthalten.

Unternehmensnahe und wissensintensive Dienstleistungen entstehen oft deshalb, weil die Industrie sie nachfragt. Damit bedingt das Verarbeitende Gewerbe auch im tertiären Sektor einen erheblichen Anteil der gesamtwirtschaftlichen Bruttowertschöpfung. Der Autor schätzt diesen auf 23 Prozent. Zusammen mit dem direkt von der Industrie erzielten Anteil kommen also 45 Prozent Wertschöpfungsquote zusammen.

Vier traditionelle Hochtechnologiebranchen prägen die Wertschöpfungsstrukturen der deutschen Industrie: der Automobilbau und seine Zulieferer, der Maschinen- und Anlagenbau, die chemische Industrie und die Elektrotechnik. Auf sie entfallen rund 40 Prozent der Bruttowertschöpfung im Verarbeitenden Gewerbe. Unternehmen der Spitzentechnologie, zum Beispiel Hersteller von Medizintechnik, machen lediglich 11 Prozent aus.

Fast 90 Prozent aller Exporte der deutschen Wirtschaft entfallen auf den Industriesektor. Insgesamt überstiegen die deutschen Ausfuhren im Jahr 2011 erstmals den Wert von einer Billion Euro. Trotz wachsender Anteile der Schwellenländer sind die europäischen Absatzmärkte für Deutschland nach wie vor wichtig: Rund 60 Prozent der deutschen Exporte gehen in die EU.

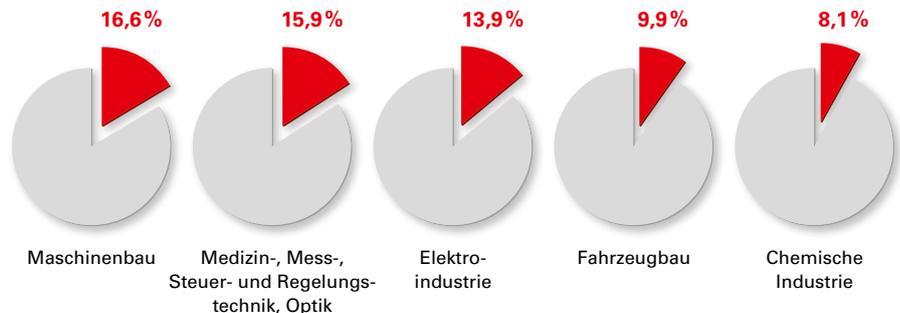
Forschung und Entwicklung treibt in der deutschen Wirtschaft hauptsächlich das Verarbeitende Gewerbe voran.

Laut Stifterverband war die Industrie 2010 für 86 Prozent der Aufwendungen verantwortlich. Auch von den weiter gefassten Innovationsausgaben entfallen 71 Prozent auf diesen Sektor.

Innere Tertiarisierung heißt ein bedeutsamer Trend im Verarbeitenden Gewerbe: Dienstleistungen wie Kantinen, Fuhrparks und Sicherheitsdienste sind zwar an darauf spezialisierte Unternehmen ausgelagert worden. Zunehmend wichtig werden jedoch die so genannten produktbegleitenden

Produkte mit Dienstleistungspaket

Der Anteil produktbegleitender Dienstleistungen von Planung bis Wartung an den Umsätzen fünf exportstarker Branchen betrug 2009 ...



Quelle: Kinkel 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Dienstleistungen, erläutert der Professor. Dazu zählt er Planung, Beratung und Projektierung im Vorfeld des Verkaufs eines Industrieprodukts sowie Montage, Inbetriebnahme und Schulung – und außerdem Wartung und Reparatur nach dem Verkauf.

Kinkel identifiziert hier eine Tendenz zum Zusammenschluss von traditionellen Industriegütern mit dazugehörigen Dienstleistungskomponenten – wobei das Endprodukt nicht mehr eindeutig dem sekundären oder tertiären Sektor zugeordnet werden kann. Aktuell liegt der Umsatzanteil, den Industriebetriebe mit produktbegleitenden Dienstleistungen erzielen, bei durchschnittlich 12,8 Prozent. Auch für die kommenden Jahre rechnet der Forscher mit einer weiteren Zunahme solcher hybrider Problemlösungen in der Industrie.

Die Verlagerung der Produktion ins Ausland hingegen hat sich in den vergangenen Jahren verlangsamt. Im Jahr 2009 ist das Offshoring auf den niedrigsten Stand seit 15 Jahren gesunken, stellt Kinkel fest. Auf jeden dritten Betrieb, der künftig im Ausland produzieren wollte, kam bereits ein Rückverlagerer. Hauptgründe für die Rückkehr in die Bundesrepublik seien unter anderem Qualitäts- oder Flexibilitätsprobleme am ausländischen Standort. ◀

* Quelle: Steffen Kinkel: Industrie in Deutschland: Kern wirtschaftlichen Wachstums und inländischer Wertschöpfung, in: B. P. Priddat, K.-W. West (Hrsg.): Die Modernität der Industrie, Metropolis-Verlag, Marburg 2012
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Öffentliche Aufträge nur mit Mindestlohn

Die meisten deutschen Bundesländer machen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge die Einhaltung von Lohnstandards zur Bedingung. Auch in anderen europäischen Staaten sind solche Tariftreueregulungen populär.

88 Prozent der EU-Bürger halten es laut einer Umfrage der EU-Kommission für richtig, wenn der Staat seine Aufträge nicht einfach an den günstigsten Anbieter vergibt, sondern dabei auf soziale Aspekte achtet. In etlichen europäischen Ländern berücksichtigen öffentliche Auftraggeber diese Prioritätensetzung auch in ihren Vergabegesetzen, zeigt eine aktuelle Studie, die der WSI-Tarifexperte Thorsten Schulten zusammen mit internationalen Forscherkollegen vorgelegt hat.* Unternehmen, die öffentliche Aufträge erhalten wollen, müssen sich dort verpflichten, bestimmte Mindestlohn- oder Tarifstandards einzuhalten.

Weit verbreitet sind Tariftreueregulungen vor allem in Dänemark, Norwegen und Schweden sowie in der Schweiz, so die Forscher. Dort bildet in der Regel die Einhaltung der jeweils ortsüblichen Tarifverträge die Voraussetzung, um öffentliche Aufträge zu bekommen. Großbritannien kennt keine landesweiten Vorgaben, doch schließen sich immer mehr Städte „Living-Wage-Initiativen“ an. Unternehmen, die sich um öffentliche Aufträge bewerben, sollen mindestens die jeweiligen lokalen „Living Wages“ zahlen. Diese liegen über dem nationalen Mindestlohn.

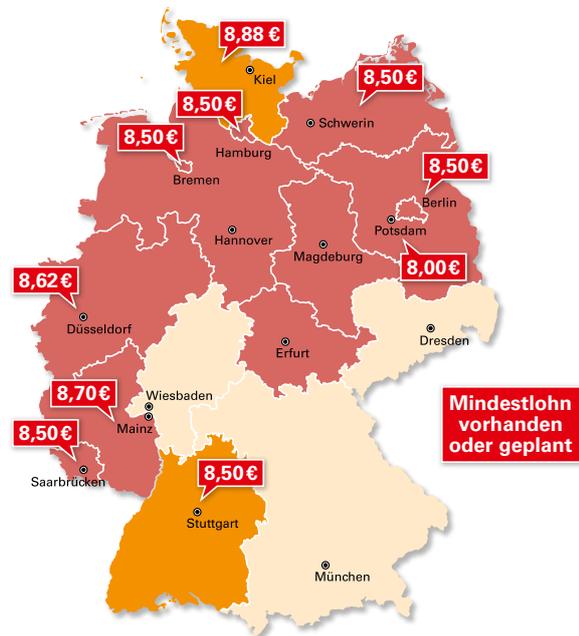
Die Analyse zeigt auch: **Tariftreue- und Mindestlohnklauseln sind vor allem in Ländern von Bedeutung, die keine Regelungen zur Allgemeinverbindlicherklärung (AVE) von Tarifverträgen besitzen, oder in denen die AVE auf wenige Branchen beschränkt ist.** In Staaten mit umfassenden AVE-Systemen gelten Tarifverträge in der Regel automatisch auch bei öffentlichen Aufträgen. Das ist etwa in Frankreich oder den Niederlanden so, wo mehr als 80 Prozent aller Beschäftigten von Tarifverträgen profitieren, die für alle Unternehmen bindend sind.

In Deutschland werden Tarifverträge dagegen nur noch selten allgemeinverbindlich erklärt. Die rechtlichen Hürden dafür seien hoch und oft bremsen die Arbeitgeberverbände, so Schulten. Er führt es auch auf die Schwäche der AVE zurück, dass seit einigen Jahren eine „regelrechte Renaissance von Tariftreue- und Mindestlohnklauseln“ zu beobachten sei: Mittlerweile haben elf Bundesländer eigene Tariftreuegesetze. In zwei weiteren, Baden-Württemberg und Schleswig-Holstein, haben die Landesregierungen Gesetzesvorlagen eingebracht. Lediglich in Bayern, Hessen und Sachsen existieren keine Tariftreuegesetze.

Allerdings konstatieren die Forscher zeitgleich mit dem Trend zu mehr Tariftreueregulungen eine widersprüchliche juristische Situation in Europa: Auf der einen Seite hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) 2008 in seinem so genannten Ruffert-Urteil entschieden, dass Tariftreuevorgaben die europäische Dienstleistungsfreiheit einschränken. Das

Tariftreue-Regelungen in Deutschland

Bundesländer mit gültigen Tariftreue-Regelungen, die die Einführung von Tariftreue-Regelungen planen, oder ohne Tariftreue-Regelungen sind.



Stand: Januar 2013; Quelle: WSI Tarifarchiv 2013 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

ist nach Auffassung der Richter nur dann erlaubt, wenn die Vergabevorschriften Anbieter auf gesetzliche Mindestlöhne oder allgemeinverbindliche Tarifverträge verpflichten.

Die Konvention Nr. 94 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) sieht hingegen explizit vor, dass auch die Einhaltung nicht allgemeinverbindlich erklärter Tarifverträge Voraussetzung für einen öffentlichen Auftrag sein kann. Zehn EU-Länder haben diese Regelung ratifiziert, Deutschland nicht. Sie ist nach Schultens Analyse weitaus logischer als der EuGH-Entscheid: „Das Ruffert-Urteil macht eigentlich überhaupt keinen Sinn, da es Tariftreuevorgaben nur da zulassen will, wo sie aufgrund allgemeinverbindlicher Tarifverträge sowieso überflüssig sind.“

10 der 13 Bundesländer mit gültigen oder geplanten Tariftreue-Regelungen haben auf die EuGH-Entscheidung reagiert, indem sie gesetzliche Mindestlöhne speziell für öffentliche Auftragsvergaben eingeführt haben. Der Vorteil: Rechtsexperten halten das für gerichtsfest. Allerdings gibt es dann nur eine Untergrenze – weitaus weniger, als durch eine Verpflichtung auf den Tarifvertrag möglich wäre.

Eine Chance, die rechtlichen Widersprüche aufzulösen, sieht Schulten in der neuen Europäischen Vergaberichtlinie, die derzeit beim Europäischen Parlament liegt. Darin sollte, so Schulten, „eindeutig festgestellt werden, dass die ILO-Konvention Nr. 94 nicht im Widerspruch zum europäischen Vergaberecht steht und dass Vorgaben zur Einhaltung von Tarifverträgen europaweit als legitimes Vergabekriterium anerkannt werden“ – auch wenn diese nicht allgemeinverbindlich erklärt sind. ◀

* Quelle: Thorsten Schulten, Kristin Alsos, Pete Burgess, Klaus Pedersen: Pay and other social clauses in European public procurement, Studie im Auftrag des Europäischen Gewerkschaftsverbandes für den öffentlichen Dienst, Düsseldorf, Dezember 2012

Link zur Studie unter boecklerimpuls.de

Europas Jobkrise: Der Stress steigt auch für die Beschäftigten, die bleiben

Die Wirtschaftskrise hat nicht nur die Arbeitslosigkeit in der EU massiv erhöht.

Auch die verbliebenen Beschäftigten in restrukturierten Unternehmen leiden unter mehr Stress und gesundheitlichen Problemen.

Der europäische Arbeitsmarkt befindet sich in schlechter Verfassung: Laut Eurofound, der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen, ist die Zahl der Erwerbstätigen in der EU seit 2008 um fünf Millionen zurückgegangen. Welche Arbeitnehmer von Entlassungen besonders betroffen waren und wie sich Restrukturierungsmaßnahmen auf das Wohlergehen der Beschäftigten auswirken, haben Wissenschaftler der Stiftung untersucht.* Dafür haben sie umfangreiche europäische Datensätze ausgewertet – den European Restructuring Monitor, den European Labour Force Survey, das Eurobarometer und den European Working Conditions Survey. Das Ergebnis: In der Krise wurden Angehörige ohnehin benachteiligter Gruppen wie Migranten oder Geringqualifizierte überdurchschnittlich oft entlassen. Und Beschäftigte, die eine Restrukturierung ohne Jobverlust überstanden haben, klagen vermehrt über seelische und körperliche Beschwerden.

Der Eurofound-Studie zufolge sind Reorganisationen EU-weit ein verbreitetes Phänomen. Über ein Drittel aller Befragten gab 2010 an, dass ihr Betrieb in den vergangenen drei Jahren restrukturiert worden sei. Zahlreiche Arbeitnehmer

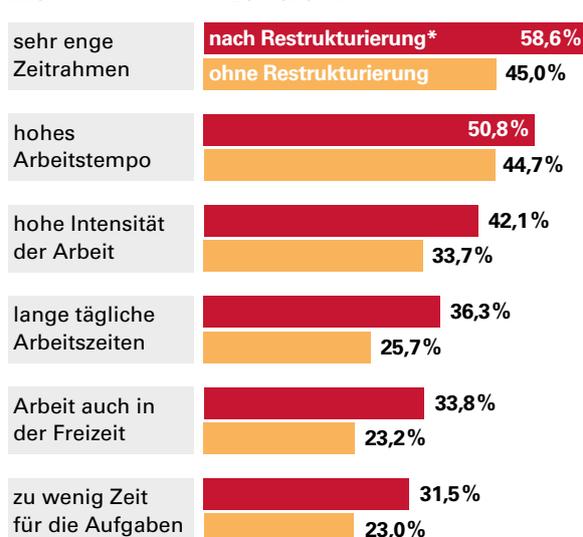
haben dabei 2008 und 2009 ihren Job verloren – zumindest zwischenzeitlich: **Die Quote der krisenbedingt Entlassenen reicht von unter 7 Prozent in Luxemburg und den Niederlanden bis hin zu über 20 Prozent in Irland, Lettland, Litauen, Portugal, Spanien und Ungarn.** Überproportional betroffen waren Geringqualifizierte, Angehörige ethnischer, religiöser oder sexueller Minderheiten, Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund, gesundheitlich Beeinträchtigte und Beschäftigte mit geringem beruflichem Status. Zugleich war die Wahrscheinlichkeit, eine neue Stelle zu finden, für diese Gruppen besonders niedrig. Angesichts dieser Befunde empfehlen die Eurofound-Experten, das „external flexicurity model“ zu überdenken – also eine Arbeitsmarktpolitik, die auf ebenso leichte Entlassungen wie Einstellungen setzt. Es sei notwendig, benachteiligte Gruppen stärker zu unterstützen.

Negativ wirken sich Restrukturierungen nicht nur auf die entlassenen, sondern auch auf die verbliebenen Beschäftigten aus: 42 Prozent von ihnen klagen über eine hohe Arbeitsintensität, verglichen mit 34 Prozent in nicht restrukturierten Betrieben. Dort arbeitet weniger als ein Viertel, in reorganisierten Betrieben mehr als ein Drittel der Arbeitnehmer in der Freizeit, um die beruflichen Anforderungen erfüllen zu können. Auch unregelmäßige Arbeitszeiten und Schichtarbeit sind häufiger in Unternehmen, die eine Reorganisation durchlaufen haben. Die Arbeitsautonomie der Beschäftigten nimmt zwar zu, zugleich allerdings auch die Kontrolle ihrer Arbeitsleistung durch Zielvorgaben und institutionalisierte Bewertungsverfahren. Das schlägt sich unter anderem in der Arbeitszufriedenheit nieder: Die Beschäftigten von restrukturierten Betrieben sind weniger zufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen und ihrer Work-Life-Balance. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich bei ihrem Arbeitgeber „zu Hause“ fühlen, ist geringer, ebenso die subjektive Arbeitsplatzsicherheit. Zudem berichten sie häufiger von psychosozialen Belastungen wie Schikanen, Drohungen oder Beschimpfungen am Arbeitsplatz.

Das problematische Arbeitsumfeld, das mit Reorganisationen verbunden ist, beeinträchtigt die Gesundheit der Betroffenen: Der Studie zufolge schätzen Beschäftigte von restrukturierten Unternehmen ihre gesundheitliche Verfassung in nahezu jeder Hinsicht als schlechter ein als andere Arbeitnehmer. Besonders groß ist die Differenz bei psychosomatischen Störungen wie Depressionen, Stress oder Schlafproblemen. Beschäftigte in reorganisierten Betrieben weisen dementsprechend 20 Prozent mehr krankheitsbedingte Fehltag auf. Zugleich kommt es häufiger vor, dass sie trotz Krankheit arbeiten. ◀

Restrukturierung erhöht den Druck

Beschäftigte klagen über ...



In den zurückliegenden 12 Monaten arbeiteten ...



* bis zu 3 Jahre vor dem Zeitpunkt der Befragung; befragt wurden 21.700 Beschäftigte in der EU; Quelle: Eurofound 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

* Quelle: European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions: ERM report 2012 – After restructuring: Labour markets, working conditions and life satisfaction, November 2012
[Link zur Studie unter boecklerimpuls.de](#)

Niedriglohnfalle Minijobs

In der westdeutschen Provinz haben bis zu 40 Prozent der erwerbstätigen Frauen einen Minijob.

Was das für sie bedeutet, erklärt Arbeitsmarktexperte Alexander Herzog-Stein*.

Im Jahr 2011 gab es bundesweit 7,4 Millionen geringfügige Beschäftigungsverhältnisse. Jeder fünfte Arbeitsvertrag lief also auf 400-Euro-Basis. Im ländlichen Raum Westdeutschlands ist der Anteil oft viel höher, besonders bei Frauen. Warum sind Minijobs dort so beliebt?

Herzog-Stein: Beliebt ist da wohl der falsche Ausdruck. Politisch wurden die falschen Rahmenbedingungen geschaffen. Auch fehlen oft schlicht Alternativen. In Westdeutschland sollte die geringfügige Beschäftigung ab den 1970ern Frauen etwas an den Arbeitsmarkt heranführen. In den 1990er-Jahren wollten dann immer mehr Frauen eine Erwerbsarbeit aufnehmen. Traditionelle Rollenbilder gerade auf dem Land, fehlende Kinderbetreuungsmöglichkeiten, die steuerliche Begünstigung der geringfügigen Beschäftigung und fehlende andere Teilzeitangebote ließen die Zahl der Minijobberinnen nun stark anschwellen. Im Osten ist die Lage anders, denn in der DDR war die Erwerbsbeteiligung von Frauen wesentlich höher. Die meisten übten eine Vollzeittätigkeit aus. Diese starke Erwerbsorientierung haben ostdeutsche Frauen nach der deutschen Vereinigung beibehalten.

Seit Anfang des Jahres ist ein Verdienst von bis zu 450 Euro steuer- und für die Beschäftigten abgabenfrei. Eine gute Entwicklung?

Herzog-Stein: Nein, überhaupt nicht. Wer in einem Minijob arbeitet, erwirbt kaum Ansprüche auf soziale Sicherung. Und für zwei Drittel der Minijobber ist dies das einzige bezahlte Arbeitsverhältnis. Sie haben keinen Anspruch auf Arbeitslosengeld. Minijobbende Ehefrauen sind zumeist über ihren Mann krankenversichert. Auch ihre Rentenansprüche sind sehr gering. Was, wenn die Ehe scheidet?

Viele Minijobber schätzen doch gerade, dass von ihrem Verdienst nichts abgezogen wird – brutto ist gleich netto.

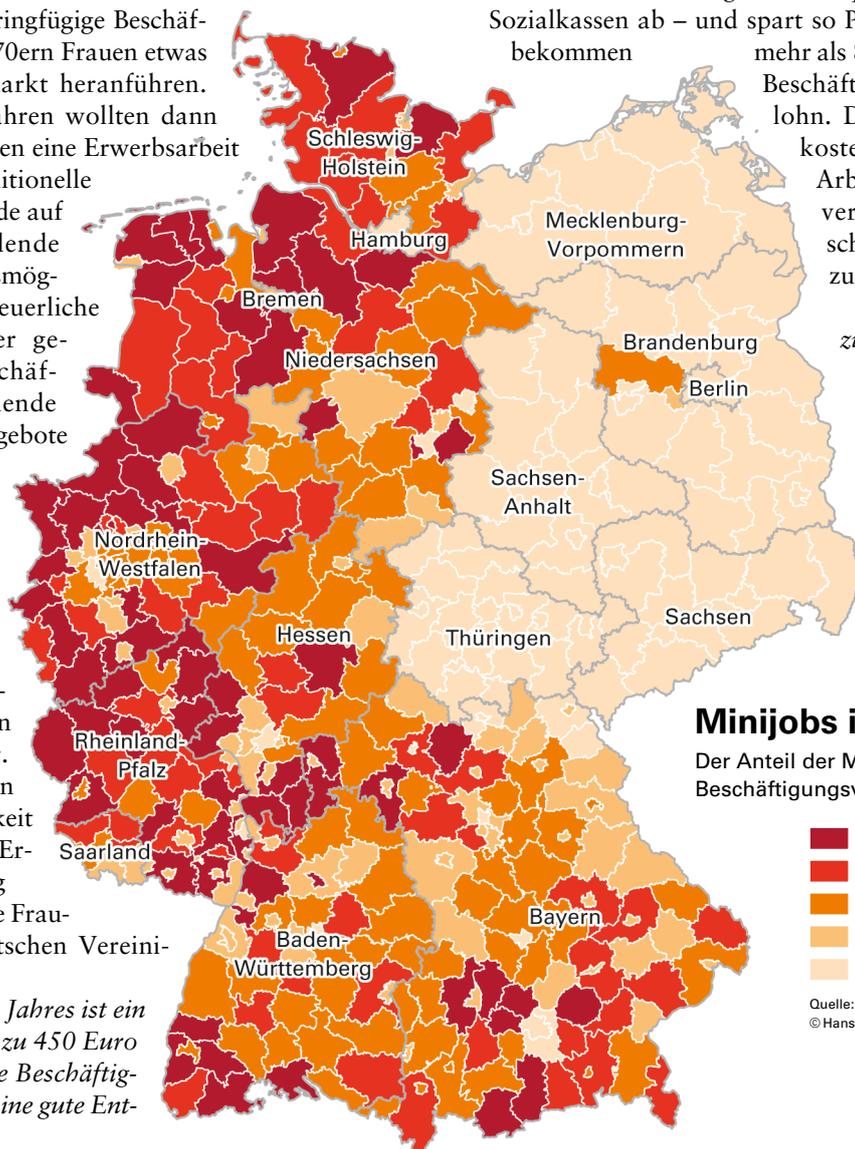
Herzog-Stein: Hört sich zunächst auch prima an. Untersuchungen liefern jedoch Indizien dafür, dass Minijobber in

der Praxis niedriger bezahlt werden als andere Beschäftigte – obwohl das natürlich verboten ist. Das geht dann so: Wer für eine bestimmte Tätigkeit in einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung 800 Euro brutto erhielte, hätte bei Lohnsteuerklasse V nach allen Abzügen unter Umständen noch 400 Euro. Nicht selten erhalten Minijobber in der betrieblichen Praxis dann eben für dieselbe Tätigkeit nur 400 Euro. Der Arbeitgeber führt pauschal 30 Prozent in die Sozialkassen ab – und spart so Personalkosten. Insgesamt bekommen

mehr als 80 Prozent der geringfügig Beschäftigten nur einen Niedriglohn. Die niedrigeren Personalkosten machen es zudem für Arbeitgeber attraktiv, sozialversicherungspflichtige Beschäftigung durch Minijobs zu ersetzen.

Gäbe es denn Alternativen zum Minijob?

Herzog-Stein: Wir brauchen eine generelle Debatte darüber, was für einen Arbeitsmarkt wir wollen. Eine vom Staat subventionierte geringfügige Beschäftigung, die noch



Minijobs in Deutschland

Der Anteil der Minijobs an privatrechtlichen Beschäftigungsverhältnissen betrug 2011 ...

- ab 26%
- 24% – 25,9%
- 21% – 23,9%
- 17% – 20,9%
- unter 17%

Quelle: Hans-Böckler-Stiftung 2012
© Hans-Böckler-Stiftung 2013

dazu die klassische Rollenverteilung in der Familie zementiert, ist nicht mehr zeitgemäß. Volkswirtschaftlich sinnvoller wäre ein einheitliches sozialversicherungspflichtiges Beschäftigungsverhältnis mit einer kurzen Vollzeit, die es für beide Geschlechter ermöglicht, Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren. ◀

* Alexander Herzog-Stein ist Arbeitsmarktexperte der Hans-Böckler-Stiftung. Die Minijob-Daten für jeden Stadt- und Landkreis enthält die WSI-Datenbank „Atypische Beschäftigung“.
Mehr Informationen unter boecklerimpuls.de

Ständiger Kampf gegen den Abstieg

Zwischen den beiden Polen stabile Beschäftigung und Langzeitarbeitslosigkeit hat sich eine „Zwischenzone“ des Arbeitsmarkts etabliert. Für viele Betroffene ist sie keine Durchgangsstation, sondern bedeutet ein dauerhaftes, aufreibendes Leben mit Hartz IV und wechselnden Niedriglohnjobs.

Prekäre Beschäftigung ist oft kein Übergangsphänomen. Es gibt eine wachsende Gruppe von Menschen, die nicht „aus dem Erwerbsleben herausfallen, denen es aber auch nicht gelingt, sich eine statussichere und auf Dauer gestellte Position in der Arbeitswelt zu erobern“, stellen Natalie Grimm und Berthold Vogel vom Hamburger Institut für Sozialforschung fest.* Die Sozialwissenschaftler haben rund 150 Personen aus verschiedenen Regionen mit ganz unterschiedlichen Lebensläufen, die alle bereits einmal Grundsicherung bezogen haben, in mehreren aufeinander folgenden Jahren detailliert zu ihrer Arbeits- und Lebenssituation befragt. Die Untersuchung ist Teil eines größeren Forschungsprojekts unter der Regie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung.

Rasender Stillstand. Im Untersuchungszeitraum von 2007 bis 2011 blieb lediglich ein Drittel der Interviewten ohne Kontakt zum ersten Arbeitsmarkt – die meisten in dieser Gruppe hatten aber phasenweise staatlich geförderte Jobs. Insgesamt zählte mehr als die Hälfte der Befragten zu den „erwerbsgesellschaftlichen Grenzgängern“, die zwischen Hartz IV und ungeförderter Beschäftigung hin- und herpendeln oder als Aufstocker sowohl Grundsicherung als auch ein niedriges Arbeitskommen beziehen. „Dieser Befund deckt sich auch mit den Arbeitsmarktzahlen.“ Die Erwerbsquote sei in den letzten Jahren deutlich gestiegen, allerdings hauptsächlich wegen der Zunahme atypischer Beschäftigung infolge der Arbeitsmarktderegulierung, so Grimm und Vogel.

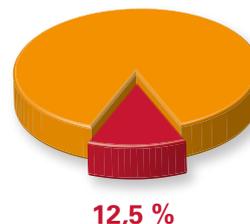
In dieser „Zwischenzone des Arbeitsmarkts“ herrscht ein „rasender Stillstand“, schreiben die Sozialforscher. Die Grenzgänger seien etwa „befristet als Elternzeitvertretung in einem Kindergarten tätig, verkaufen als Bauingenieure auf Provisionsbasis dänische Holzhäuser, sitzen als Minijobberinnen an der Supermarktkasse oder arbeiten als Leiharbeiternehmer Hand in Hand mit dem Stammpersonal in Logistikunternehmen. Sie verdienen dabei zum Teil so wenig, dass sie staatliche Unterstützungsleistungen beantragen müssen.“ Die Betroffenen stammen aus ganz unterschiedlichen Gesellschaftsschichten und haben unterschiedliche Qualifikationen. Einige sind aus stabiler Beschäftigung in die prekäre Zone abgestiegen, andere kommen direkt aus dem Ausbildungssystem in die Welt der unstillen Niedriglohnarbeit. In den vergangenen Jahren hätten sich die Erwerbsbiografien der Grenzgänger beschleunigt: Mobilität, Varianz und Flexibilität statt Sicherheit. In Zeiten ohne Beschäftigung werden die Befragten nervös und bemühen sich „hyperaktiv“, einen neuen Job zu finden, haben Grimm und Vogel beobachtet. Als Verschnaufpausen würden sie übrigens keineswegs die Phasen der Erwerbslosigkeit ansehen – sondern die Zeiten mit Arbeit.

Aktivierung wirkt – sie verstetigt die Prekarität. Die Forscher fanden keine Anzeichen dafür, dass sich Menschen mit Hartz-IV-Erfahrung von der herrschenden Arbeitsethik abwenden. Die „Moral einer erwerbsarbeitsfixierten Gesellschaft“ sei in fast allen Interviews deutlich zu spüren, so die

Autoren, und werde durch die vergangenen Arbeitsmarktformen noch verstärkt. Die Aktivierungsstrategie halte die Befragten in Bewegung und permanenter Anspannung. Was für die Betroffenen zähle, sei der nächste Job. Die Qualität des Arbeitsplatzes sei häufig zweitrangig: besser prekäre als gar keine Arbeit. Eine „Verfestigung des Hilfebezugs“ könne so zwar teilweise vermieden werden, doch sei dies häufig mit einer „Verstetigung von Prekarität verbunden“. Nur knapp 13 Prozent der Befragten gelang es, über mehr als zwei Jahre des Untersuchungszeitraums ohne Hartz IV auszukommen.

Hartz IV als Endlosschleife

Länger als 2 Jahre ohne Hartz IV auszukommen, gelang von allen befragten Personen, die bereits einmal Grundsicherung bezogen hatten ...



Untersuchungszeitraum 2007–2011, befragt wurden 152 Personen mit Hartz-IV-Erfahrung
Quelle: Grimm, Vogel 2012 | © Hans-Böckler-Stiftung 2013

Die Lebensrealität der Grenzgänger des Arbeitsmarkts – „ständiger Kampf gegen Verdrängung und Abstieg“ – schlägt sich auch in ihren Einstellungen nieder. Ihre Konzentration auf die Gegenwart sei so stark, dass Zukunftsperspektiven häufig jenseits der Vorstellungen sind, wie es in der Untersuchung heißt. Zwar sähen sie einen festen Platz in der Erwerbsgesellschaft als Ziel an, faktisch bilde sich jedoch ein spezifisches Zwischenzonen-Bewusstsein heraus. Nirgends richtig dazuzugehören wird zur Normalität. Um die eigenen Anstrengungen zu rechtfertigen, grenzten sie sich allerdings deutlich nach unten ab – von den dauerhaft Erwerbslosen, denen sie „eigenes Versagen und Inaktivität“ zuschreiben.

Die Grenzgänger des Arbeitsmarkts konzentrieren ihre Kraft auf die Gestaltung des persönlichen Erwerbslebens. Dies überlagere auch den Blick für andere, bemerken die Autoren. Bei vielen Gesprächspartnern hätten sie eine „Desozialisierung“ bemerkt, die eine wesentliche Folge der neuen Aktivierungspolitik zu sein scheine. Mit Blick auf die Arbeitsmarktpolitik lautet das Fazit der Wissenschaftler: „Sie mag die Wettbewerbsfähigkeit einzelner Personen stärken, die Qualität des gesellschaftlichen Zusammenlebens und Zusammenarbeitens bekräftigt sie nicht.“ ◀

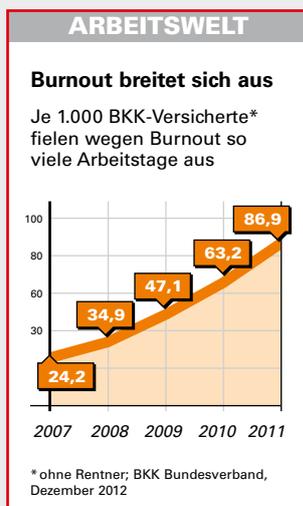
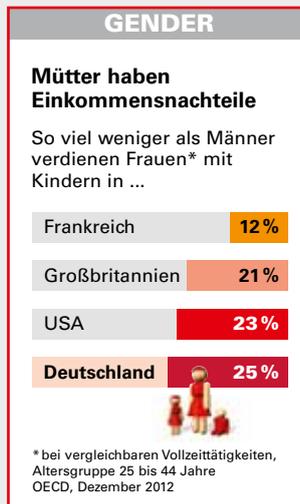
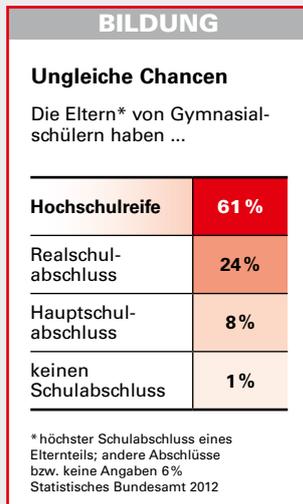
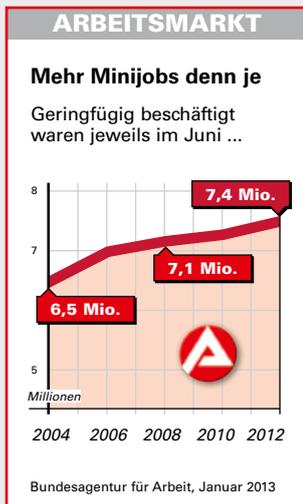
* Quelle: Natalie Grimm, Berthold Vogel: Die Grenzgänger. Prekarisierte Erwerbsbiografien in der neuen Arbeitswelt, unveröffentlichtes Arbeitspapier, November 2012

Impressum

Herausgeberin: Hans-Böckler-Stiftung
 Hans-Böckler-Straße 39, 40476 Düsseldorf, Telefon 02 11 / 77 78-0
Verantwortlicher Geschäftsführer: Dr. Wolfgang Jäger (V.i.S.d.P.);
Chefredaktion: Rainer Jung; **Redaktion:** Andreas Kraft,
 Dr. Kai Kühne, Annegret Loges, Ernst Schulte-Holtey, Philipp
 Wolter, Sören Zieher; E-Mail redaktion-impuls@boeckler.de;
 Telefon 02 11 / 77 78-286, Fax 02 11 / 77 78-207;
Druck und Versand:
 Setzkasten GmbH, Kreuzbergstraße 56, 40489 Düsseldorf

Weiter im Netz: Alle Grafiken zum Download (Abdruck frei
 nach Rücksprache mit der Redaktion und Angabe der Quelle),
 weitergehende Informationen, Links und Quellenangaben
 unter boecklerimpuls.de

TrendTableau



► **LÖHNE:** Die 2012 vereinbarten Tarifierhöhungen beliefen sich im Schnitt auf 3,9 Prozent. Rechnet man die Abschlüsse mit ihren unterschiedlichen Laufzeiten auf das Jahr um und berücksichtigt auch die länger laufenden Abschlüsse aus dem Vorjahr, ergibt sich für das Gesamtjahr 2012 eine durchschnittliche Tarifsteigerung von 2,7 Prozent. Das geht aus einer Untersuchung

des WSI-Tarifarchivs hervor. Preisbereinigt verbuchten die tariflich entlohnten Arbeitnehmer damit ein Plus von 0,7 Prozent. Die Bruttolöhne insgesamt – inklusive übertariflicher Zulagen und nicht tariflicher Arbeitsentgelte – legten real um 0,6 Prozent zu. Reinhard Bispinck, Leiter des Tarifarchivs, begrüßt diese Trendwende bei den Reallohnen: „Angesichts der Kri-

se in vielen europäischen Ländern kommt einer dauerhaften Stärkung der Binnennachfrage gerade in Deutschland eine besondere Bedeutung zu.“ Meist wurden 2012 dauerhafte Tarifierhebungen ausgehandelt. Einmalzahlungen hätten in der vergangenen Lohnrunde keine große Rolle gespielt, so das WSI. Im Schnitt laufen die von DGB-Gewerkschaften für rund neun Millionen Be-

schäftigte abgeschlossenen Verträge 18 Monate.
 WSI-Tarifarchiv, Januar 2013

► **GENDER:** In der Finanzwelt geben weiter Männer den Ton an. Ende 2012 lag der Frauenanteil im Top-Management von Banken und Sparkassen lediglich bei vier Prozent – ein Prozentpunkt mehr als 2011.
 DIW Berlin, Januar 2013